

Interpellation Nr. 70 (November 2010)

betreffend Kommunikation der Position des Regierungsrates zur "Steuergerechtigkeits-Initiative"

10.5305.01

Am 28. November 2010 findet die eidgenössische Volksabstimmung über die sogenannte "Steuergerechtigkeits-Initiative" statt. Die Initiative würde unter dem Titel der Steuerharmonisierung in Kantonskompetenzen eingreifen und hätte in vielen Kantonen unmittelbare Steuererhöhungen zur Folge. Zahlreiche Kantonsregierungen haben sich denn auch dezidiert gegen die Initiative ausgesprochen. Die Finanzdirektorenkonferenz, in der Frau Regierungsrätin Herzog den Kanton Basel-Stadt vertritt, hat nach ihrer Plenarversammlung vom 20. und 21. Mai 2010 Folgendes verlauten lassen: "Die von der Initiative vorgeschlagene materielle Steuerharmonisierung schränkt die Autonomie der Kantone und Gemeinden ein, mindert die Standortattraktivität der Schweiz und ist unnötig." Die Finanzdirektorenkonferenz hält in ihrer Medienmitteilung vom 18. Juni 2010 zudem ausdrücklich fest, dass von der Initiative "alle Kantone negativ betroffen" sind.

Angesicht dieser deutlichen Worte erstaunt es, dass die Vorsteherin des Finanzdepartements unseres Kantons immer wieder öffentlich Sympathien für die Initiative geäussert hat. In der Sonntagszeitung vom 31. Oktober 2010 wird Frau Regierungsrätin Herzog unter dem unzweideutigen Zwischentitel "Bern und Basel engagieren sich für das Volksbegehren" wie folgt zitiert: "Der übermässige Steuerwettbewerb ist schädlich für die Städte, die Wirtschaftszentren und für die ganze Schweiz." Gemäss der Sonntagszeitung könnte Frau Regierungsrätin Herzog das Argument der Mehrheit der Kantone, wonach mit der Initiative auch die Steuern für den Mittelstand erhöht werden müssten, nicht nachvollziehen. Im Regionaljournal Basel von Schweizer Radio DRS vom 28. Oktober 2010 (Abendsendung) hatte Frau Regierungsrätin Herzog der Öffentlichkeit mitgeteilt, es sei "einstimmig oder einhellig" die Meinung des Regierungsrates, dass sie sich "als Zuständige für das Thema" positiv zur Initiative äussere.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Entsprüchen die erwähnten Aussagen von Frau Regierungsrätin Herzog zur "Steuergerechtigkeits-Initiative" der Position des Regierungsrates?
2. Wurde eine Stellungnahme des Regierungsrates zur Abstimmungsvorlage kommuniziert oder ist die Aussage des Regionaljournals von Schweizer Radio DRS korrekt, dass der Regierungsrat beschlossen hat, zur "Steuergerechtigkeits-Initiative" keine Position zu beziehen?
3. Falls der Regierungsrat beschlossen hat, keine Position zur "Steuergerechtigkeits-Initiative" zu beziehen: Entspricht die Aussage von Frau Regierungsrätin Herzog, wonach "einstimmig oder einhellig" die Meinung des Regierungsrates sei, dass sie sich "als Zuständige für das Thema" positiv zur Initiative äussere, der entsprechenden Beschlussfassung des Regierungsrates?

Conradin Cramer